

(Abg. Metz)

tion auch in den Haushaltsverhandlungen gemeinsam Seite an Seite mit dem Bildungsminister dafür streiten, dass die Einstellungsentwicklung in den nächsten Jahren auch so bleibt. Wichtig scheint mir über die Frage des Einstellungskorridors und der Altersmischung das Thema Lehrergesundheit an dieser Stelle in Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern zu sein. Das ist ein Punkt, den wir gemeinsam aufgreifen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Vielen Dank.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, leider haben wir schon befürchtet, denn wir haben in zwei Ausschuss-Sitzungen erleben müssen und dürfen, wie intensiv sich mit unserem Antrag beschäftigt wurde, dass heute hier eine Ablehnung des Antrags wahrscheinlich eine Mehrheit findet. Wie Sie aber auch wissen, werde ich nicht müde werden bis zuletzt um Zustimmung für unseren Antrag zu werben, denn die Situation ist wahrlich mehr als ernst.

Ich war nahezu gerührt, als ich am 17. Mai in der „Thüringischen Landeszeitung“ lesen durfte, dass Mike Mohring festgestellt hat, „dass bei den Referendaren die Tränen flossen, weil sie derzeit keine Chance auf Einstellung in den Thüringer Staatsdienst haben“. Herr Mohring sagte dazu: „Das müssen wir ändern.“ Unser Antrag war oder ist genau das Angebot, hier etwas zu ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Denn die Situation ist in der Tat ernst und da gibt es eigentlich tatsächlich nichts zu lachen. Wenn ich dann heute in der Zeitung lesen darf - auch das kann ich mir nicht verkneifen -, dass Herr Mohring den Beamten höhere Pensionen zusagt und gleichzeitig ein Antrag abgelehnt wird, der genau dafür sorgen will, dass wir mehr junge Lehrerinnen und Lehrer in unsere Schulen bekommen, dann fehlt mir jegliches Verständnis für eine solche Politik. Wenn ich mir anschau, wie viele Abgeordnete jetzt überhaupt hier sind, ist das vielleicht auch ein Zeichen dafür, dass sich offenkundig einer sehr wichtigen Debatte verweigert wird.

Ich will noch mal auf ein paar Punkte eingehen, die wir beraten haben und die für uns auch Auslöser waren, diesen Antrag zu stellen, der drei Punkte beinhaltet, und zwar zum einen, jeder Absolventin, jedem Absolventen der universitären Lehrerbildung in Thüringen tatsächlich innerhalb eines Jahres ein Angebot zu machen. Ich sage auch noch einmal, warum uns das so wichtig ist. Vielleicht ist das vielen nicht klar, aber Lehramtstudierende erfahren eine Unterbrechung ihrer Ausbildung, wie sie sonst in keinem anderen Berufsfeld derart üblich ist. Nach Abschluss des 1. Staatsexamens nämlich dauert es mitunter Jahre, viele Jahre, bis sie überhaupt einen Referendariatsplatz bekommen. In dieser Zeit fallen sie auch aus den staatlichen Sicherungssystemen komplett heraus. Dass das eine Unterbrechung der Ausbildung ist, weil wir wissen, dass das 2. Staatsexamen sich erst nach dem Absolvieren des Referendariats anschließt, ist immer wieder scharf kritisiert worden und macht leider den Lehrerinnen- und Lehrerberuf immer noch unattrakti-

(Abg. Rothe-Beinlich)

ver, was wir außerordentlich bedauern. Wenn Sie sich alle an die aufgeheizten Diskussionen beispielsweise rund um die Vorlage der neuen Schulordnung erinnern, wo gesagt wurde, dass die vielen Aufgaben, die mit der neuen Schulordnung auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen, gar nicht von den Lehrerinnen und Lehrern bewältigt werden können, die wir haben, sondern dass es da sehr viel mehr pädagogisches Personal braucht, dann denke ich, dass wir tatsächlich Zeit zum Handeln haben und die müssen wir jetzt tatsächlich uns auch nehmen und angehen.

Unser zweiter Punkt beinhaltete - und wir finden, dass das in Zeiten des Wettbewerbs, über den sonst alle sehr gern reden, durchaus ein wichtiger Punkt ist: Wir wollen uns gezielt nach pädagogischem Fachpersonal auch in anderen Ländern umschauchen. Da wurde uns vorgeworfen, dass wäre dann unfair, wenn man versucht, anderswo Expertinnen und Experten abzuwerben. Da muss ich mich sehr wundern, denn in der Wirtschaft sind wir immer ausgesprochen stolz, wenn es uns gelingt, innovative Firmen z.B. für Thüringen zu begeistern. Ich glaube, es wäre ein gesunder Wettbewerb zu sagen, im Land der Bildung, was Thüringen sein möchte, muss es unser Ziel sein, junge Lehrerinnen und Lehrer für Thüringen zu gewinnen - auch das scheint hier nicht mehrheitsfähig zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum, das kann nachher die Koalition vielleicht noch selber begründen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Werben und Abwerben sind zweierlei.)

Der dritte Punkt, den wir in unserem Antrag aufgegriffen haben - Herr Emde, ich freue mich schon auf Ihren Beitrag -, das ist die Problematik, in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ein verpflichtendes Modul aufzunehmen zum Umgang mit Heterogenität. Wir wissen alle, dass die individuelle Förderung jetzt ein Rechtsanspruch im neuen Schulgesetz ist. Das begrüßen wir ausdrücklich. Aber dazu braucht es natürlich auch die entsprechende Professionalität und die entsprechende Ausbildung. Ich werde jetzt natürlich auch - weil wir uns ansonsten selbst nicht gerecht werden, weil wir uns nicht ernst nehmen - auf die Stellungnahmen noch einmal eingehen, die wir bekommen haben. Da möchte ich mich ausdrücklich bei denjenigen bedanken, die ihre Stellungnahmen abgegeben haben zu unserem Antrag.

Die GEW beispielsweise hat zu Recht bemerkt, dass 700 Lehrerinnen und Lehrer dieses Jahr in den Ruhestand gehen, aber nur 368 Neueinstellungen geplant sind. Die GEW hat ausgerechnet, dass, wenn jede durch Pensionierung frei werdende Stelle mit einer Nachwuchskraft besetzt werden würde, das Land sparen könnte, allein schon durch die Differenz zwischen den Eingangseinkommen und der Entlohnung am Ende des Arbeitslebens. Auch hat die GEW darauf hingewiesen, dass wir dringend mehr Personal an den Schulen brauchen. Schulleiterstunden will ich ansprechen, Klassenleiterstunden, professionsübergreifende Zusammenarbeit an den Schulen, auch mit Schulsozialarbeit, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen etc. - all die Vorgaben, die sich auch in der Schulordnung jetzt mit finden werden. Insofern meint auch die GEW, dass es dringend junge und neue Lehrerinnen und Lehrer an den Thüringer Schulen braucht. Das haben auch viele andere Anzuhörende deutlich gemacht und ich muss hier an dieser Stelle auch noch einmal auf die Altersstruktur der Lehrkräfte in Thüringen eingehen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

Nur zur Erinnerung: Der Altersdurchschnitt der Thüringer Lehrerinnen und Lehrer liegt aktuell über 50 Jahre, nach Angaben Ihres Ministeriums bei 50,9 Jahren. Von den 20.414 Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen sind ein Drittel dieser Lehrerinnen und Lehrer älter als 55 Jahre. Weil der Großteil dieser Alterskohorte in fünf bis zehn Jahren in einem Schwung in Pension oder in die Rente geht, wird in fünf Jahren aus einem heute noch zitierten Lehrerüberfluss spätestens ein Lehrermangel. Insofern fordern wir eine vorausschauende Personalpolitik und nicht erst ein Reagieren, wenn wir dann vor der Problemlage stehen, dass es zu wenig pädagogisches Personal an den Schulen gibt.

Ich möchte auch noch den Berufsschullehrerverband zitieren, der deutlich gemacht hat, dass es gerade auch dort für die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger Perspektiven braucht, um die nötigen Qualifikationen für den Einsatz an einer Berufsschule erwerben zu können, denn dort haben wir bereits einen Mangel an Lehrerinnen und Lehrern.

Weiterhin ist in der Anhörung deutlich geworden, dass sich zukunftsfeste Personalpolitik nicht nach Kassenlage betreiben lassen darf. Eine gute Altersmischung ist notwendig. Ich will an der Stelle noch einmal sehr deutlich sagen, ich bin allen Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen, auch den älteren Lehrerinnen und Lehrern, ausdrücklich dankbar für die sehr gute Arbeit, die sie leisten. Junge Lehrerinnen und Lehrer, glauben wir jedoch, und ältere Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam können es schaffen, dass sich genau das befruchtet, nämlich Erfahrung und auch neue Methodik und neue Ideen. Genau das würde allen helfen, sowohl den jüngeren als auch den älteren Pädagoginnen und Pädagogen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Thüringer Lehrerverband hat in seiner Stellungnahme explizit noch einmal auf die Problematik hingewiesen, die ich eben schon ansprach, nämlich dass es eine Unterbrechung der Ausbildung gibt durch das lange Warten auf Referendariatsplätze und hat gefordert, jeder Absolventin, jedem Absolventen auch einen Platz im Vorbereitungsdienst anzubieten, und zwar nicht erst nach einem Jahr, sondern unmittelbar. Wir hatten bereits in der ersten Debatte hier im Thüringer Landtag angeregt, ob es nicht möglich wäre, den angehenden Lehrerinnen und Lehrern in der Übergangszeit beispielsweise die Möglichkeit zu bieten, als Erzieherin oder Erzieher an den Schulen tätig zu werden, weil wir wissen, dass durch das Kindertagesstättengesetz viele Erzieherinnen und Erzieher eher in die Kindertagesstätten gewechselt sind, weil sie dort eine sichere Perspektive für sich gesehen haben und wir einen entsprechenden Erzieherinnen- und Erziehermangel nunmehr an den Schulen verzeichnen. Leider ist auch das zwar in der Diskussion aufgegriffen worden, findet sich aber nirgendwo wieder. Ich gebe zu, so sehr wie wir uns manchmal ärgern, dass es Alternativanträge zu Anträgen der Opposition gibt, hier hat es die Koalition offenkundig nicht einmal für nötig befunden, überhaupt über einen Alternativantrag oder eigene Ansätze nachzudenken. Das bedauere ich ausdrücklich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann natürlich auch nicht umhin, die Koalition noch einmal daran zu erinnern, was in ihrem eigenen Koalitionsvertrag steht, nämlich 500 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Bis 2015 sollte es 2.500 Neueinstellungen geben, jetzt hat uns Herr Minister Matschie erläutert, sie hätten

(Abg. Rothe-Beinlich)

sich da auf falsche Zahlen bezogen und es wäre eine falsche Datenbasis gewesen, deswegen müssen sie jetzt leider weniger einstellen. Wir hören aus der Realität an den Thüringer Schulen, dass es dringend Neueinstellungen von jungen Lehrerinnen und Lehrern braucht.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Punkt „Umgang mit Heterogenität“ eingehen. Alle Anzuhörenden halten es insgesamt für außerordentlich wichtig, in allen Lehramtsstudiengängen ein verbindliches Modul Heterogenität/Inklusion/Teamarbeit zu verankern. Prof. Preuss-Lausitz hat beispielsweise darauf verwiesen, dass an der TU Berlin bereits seit 2000 in allen Lehramtsstudiengängen mit Staatsexamen, im Lehramtsstudium Gymnasium mit Bachelor und Master dazu evaluiert wurde, und zwar mit viel Erfolg. Die Evaluation des Grundlagenmoduls zeigt, es wird nicht nur Wissen nachhaltig erworben, sondern auch Einstellungen, die die Kooperation erleichtern, die wir dringend brauchen, um Gemeinsamen Unterricht beispielsweise zu gestalten. Es gibt mehr Offenheit gegenüber sehr unterschiedlichen Lern- und Entwicklungsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen. Insofern ist ein solches Pflichtmodul mit zwei oder mehr Lehrveranstaltungen mit Praxis und Fragen des guten Unterrichts ein Gewinn für die insgesamt pädagogische Orientierung. Klar ist allerdings auch gewesen, dass es nur ein erstes Schritt in die richtige Richtung sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werbe noch einmal dafür, unserem Antrag zuzustimmen. Wir sind nicht so blauäugig, zu denken, dass es plötzlich überall Referendarstellen gibt, aber wir meinen, dass wir es auch und gerade unserer Zukunftsfähigkeit schuldig sind, in Thüringen Perspektiven für junge Thüringer Lehrerinnen und Lehrer zu eröffnen. Da hoffe ich weiterhin auf Ihre Unterstützung. Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Sojka von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Verehrter Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, nicht mal ein Viertel der Abgeordneten sitzt hier drin, sicherlich der spannenden Debatte von vorhin geschuldet, aber es wäre auch jetzt eine spannende Debatte. Eigentlich gibt es ja eine Mehrheit für diesen Antrag, wenn man an die Landtagswahlprogramme erinnert und reinschaut, was jede Partei für notwendig erachtet hat. Deswegen ist es umso mehr schade, dass die Voraussetzungen für eine Regierungsübernahme erst mal eine Amnesie war.

Wir haben neun auswertbare Zuschriften bekommen, herzlichen Dank dafür. Sechsmal gab es Zustimmung zu Punkt 2 des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das heißt also, allen Absolventen einen Referendariatsplatz zu geben, wenigstens innerhalb eines Jahres. Darunter die GEW, TLV, Beamtenbund und Berufsschullehrerverband, ich meine, das sind nicht unbedingt alles linke Organisationen. Man könnte da annehmen, dass auch die regierungstragenden Fraktionen möglicherweise doch einmal genauer nachlesen. Und siebenmal gab es auch Zustimmung zum verpflichtenden Modul „Umgang mit Heterogenität“ an Thüringer Lehramtsstudiengängen. So könnte